Deutscher Bundestag
8. Wahlperiode

Drucksache 8/3193

21. 09. 79

Fragen

für die Fragestunden
der Sitzungen des Deutschen Bundestages

am Mittwoch, dem 26. September 1979

am Donnerstag, dem 27. September 1979

---

*) *Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien*

Buchdruckerei P. Meier GmbH, 5205 Sankt Augustin 1 - Buisdorf, Tel. (0 22 41) 6 10 71
Alleinvertrieb: Verlag Dr. Hans Heger, 5300 Bonn 2, Postfach 20 08 21
Bonn-Bad Godesberg, Herderstr. 56, Tel. (0 22 21) 36 35 51

A. Mündliche Fragen gemäß I. der Richtlinien

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

1. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Hält die Bundesregierung nach wie vor an der zuletzt am 14. Dezember 1978 vor dem Bundestag getroffenen Feststellung des Bundesinnenministers fest, wonach er künftig die Nachweise für die Entsorgungsvorsorge deutscher Kernkraftwerke, die auf Verträge mit der französischen Wiederaufarbeitungsfirma Cogema abgestützt sind, nicht mehr honorieren werde, solange der Deutsche Bundestag nicht Einblick in diese wichtigen Verträge genommen hat?

2. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Wann sind die letzten Verträge zwischen der Cogema und deutschen Vertragspartnern geschlossen worden?

3. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß die Bundesregierung bei der geplanten Neuregelung von Kostenvorschriften des Atomgesetzes beabsichtigt, zu den kostenpflichtigen Tatbeständen, nach den Nummern 1 bis 5 des § 21 nicht nur Amtshandlungen in einem gesetzlichen Verfahren, sondern auch Anhörungen, zum Beispiel von kritischen Wissenschaftlern, zu rechnen?

4. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Welches sind die Gründe für die Nichterteilung der 1. TEG für Kernkraftwerksneubauten, deren Beantragung nach § 7 des Atomgesetzes schon mehrere Jahre, in drei Fällen bereits fünf Jahre, zurückliegt, und was unternimmt die Bundesregierung im Rahmen ihrer Aufsicht über den Vollzug des Atomgesetzes, um die Genehmigungsverfahren zum Abschluß zu bringen?

5. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Welche Aktivitäten unter den türkischen Gastarbeitern sind der Bundesregierung bekannt, die von der türkischen oppositionellen „Gerechtigkeitspartei" ausgehen?

6. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, ob Aktivitäten der „Grauen Wölfe", die eine militante Organisation des bisherigen Koalitionspartner der „Gerechtigkeitspartei" in der Türkei darstellt, in der Bundesrepublik Deutschland gemeinsam mit dem Ziel der Einschüchterung und Unterdrückung demokratischer türkischer Gastarbeiter eingesetzt werden, und was gedenkt die Bundesregierung gegebenenfalls dagegen zu unternehmen?

7. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Werden vom Bundesamt für Verfassungsschutz außer Betriebsräten in bestimmten Unternehmen auch die Vorstandsmitglieder und Aufsichtsräte der entsprechenden Betriebe unter verfassungschutzmäßigen Gesichtspunkten überprüft, und wenn nicht, welche Gründe gebieten die unterschiedliche Praxis bei Betriebsratsmitgliedern einerseits und Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern andererseits?

8. Abgeordneter **Hansen** (SPD)

Sind jemals durch Mitwirkung von Beamten des Verfassungsschutzes dem iranischen Geheimdienst SAVAK einzelne Namen oder Listen mit Namen von oppositionellen Iranern bekannt geworden?

9. Abgeordneter **Hansen** (SPD)	Welche Grundsätze hindern die Bundesregierung daran, Abgeordneten des Deutschen Bundestages eine Auskunft über Reisen von Bundesbeamten ins Ausland zu geben?
10. Abgeordneter **Berger (Herne)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, einen jährlichen Lagebericht zur Situation des öffentlichen Dienstes vorzulegen, um dazu beizutragen, die Mißverständnisse und Fehlurteile über den öffentlichen Dienst abzubauen?
11. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)	Dürfen auf Grund des Datenschutzgesetzes in den Zeitungen und hier insbesondere auch in der Regionalpresse nicht mehr die Namen und Anschriften von betagten Bürgern mit deren Geburtstagsangabe veröffentlicht werden, so daß diesen auf Grund dieser öffentlichen Information nicht mehr zum Geburtstag oder zu einer sonstigen persönlichen Angelegenheit – wie z. B. Goldhochzeit – gratuliert werden kann, und wenn ja, hat die Bundesregierung dies beim Entwurf des Datenschutzgesetzes bedacht?
12. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Kann die Bundesregierung in Verbindung mit der Wasserschiffartsdirektion und der Wasserschutzpolizeidirektion eine zusätzliche Aufrüstung der auf dem Oberrhein stationierten Feuerlöschboote auf Ölfang veranlassen, nachdem sich in letzter Zeit Tankerunfälle – insbesondere bei der Staustufe Iffezheim/Baden-Baden – gehäuft haben, oder würde sie gegebenenfalls für die Bereitstellung eines flußgehenden Ölsaugschiffes zur Verhütung von Ölverschmutzung auf dem Rhein Sorge tragen?
13. Abgeordnete **Frau Dr. Lepsius** (SPD)	Sieht die Bundesregierung einen Anlaß und ist sie gegebenenfalls in der Lage und bereit, die Entwicklung kleinerer, auch flußgehender Ölsaugschiffe zu fördern?
14. Abgeordneter **Dr. Diederich** (SPD)	Kann die Bundesregierung sicherstellen, oder – z. B. durch eine entsprechende Gesetzesinitiative zur allgemeinen Regelung derartiger Tatbestände – darauf hinzuwirken, daß der Luftpirat Keppel aus der Entführung der Lufthansa-Maschine keinen materiellen Vorteil (etwa in Form von Buchhonoraren) zieht?
15. Abgeordneter **Dr. Diederich** (SPD)	Teilt die Bundesregierung die Befürchtung, daß die spektakuläre Entführung und die darauf folgende Veröffentlichung eines Buchmanuskripts des Entführers zu Nachahmungstaten ermuntern könnte, und was wird sie zur Verhinderung solcher Nachahmungstaten tun?
16. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)	War die auf Veranlassung des Bundesinnenministers vorgenommene Vernichtung der sogenannten Störerkartei beim BKA mit ihrem Verzeichnis der als extremistische Gewalttäter ermittelten Personen angesichts ihrer demokratiefeindlichen Aktionen in Essen und Köln am 14. September 1979 ein Fehler, und ist der Bundesinnenminister bereit zu veranlassen, die Störerkartei erneut beim BKA zu führen?
17. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Unter welchen finanziellen Gesamt- und durchschnittlichen Aufwendungen pro Personeneinsatz entsendet die Bundesrepublik Deutschland Polizeikommissare seit 1978 jährlich als Ausbilder und Berater ins Ausland?

18. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Auf welcher rechtlichen Grundlage findet dieser deutsche Polizeieinsatz in fernen Ländern statt?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

19. Abgeordneter **Niegel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob der Börsenverein für den Deutschen Buchhandel eine Änderung des geltenden Urheberrechts mit dem Ziel anstrebt, daß Gebühren für das Fotokopieren von Druckerzeugnissen zum eigenen wissenschaftlichen Gebrauch erhoben werden sollen, und welche Meinung hat die Bundesregierung zu diesen Bestrebungen?

20. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Hält die Bundesregierung nach Erarbeitung eines Gesetzentwurfs zum negativen Kapitalkonto weiterhin die Verabschiedung des von ihr eingebrachten Vermögensanlagegesetzes zur Herstellung geordneter Verhältnisse auf dem Anlagemarkt für erforderlich?

21. Abgeordneter **Dr. Spöri** (SPD)

Enthält die gegenwärtige Fassung des Gesetzentwurfs für ein Vermögensanlagegesetz nach den neuesten Erkenntnissen der Bundesregierung gravierende Schwächen, und wenn ja, welche und inwieweit können sie nach Auffassung der Bundesregierung gegebenenfalls behoben werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

22. Abgeordneter **Dr. Bötsch** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung unter Bezugnahme auf meine Schriftliche Anfrage vom 10. Mai 1977 nunmehr eine Möglichkeit, künftige Geldscheinserien so zu gestalten, daß sie auch für Blinde lesbar sind?

23. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, künftig den Bundeshaushalt nach einem anderen Gruppierungsplan aufzustellen, weil – wie Bundesfinanzminister Matthöfer in seiner Haushaltsrede am 12. September 1979 festgestellt hat – die derzeitige Einteilung kaum erkennen läßt, „welche Maßnahmen wirklich der Zukunftvorsorge dienen"?

24. Abgeordneter **Rapp** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Zusammenhang den von A. E. Fontenay in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung vom 24. August 1979 gemachten von F. Neumark stammenden Vorschlag, zur Verbesserung der Transparenz und zur Erleichterung der Haushaltsplanung den Gesamthaushalt in einen „ordentlichen Fiskaletat" und ein „ökonomisches Budget" aufzugliedern?

25. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Welche Bundesgesetze werden aller Voraussicht nach ab Januar 1980 in Kraft treten, durch die die Gemeinden (Gemeindeverbände) finanziell belastet werden?

26. Abgeordneter **Braun** (CDU/CSU)

Mit welchen Belastungen haben die Gemeinden (Gemeindeverbände) gegebenenfalls zu rechnen?

27. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Erklärt der Bundesfinanzminister einerseits bundeseigene freistehende Einfamilienhäuser mit mehr als 156 qm Wohnfläche gemäß Erlaß vom 14. Februar 1977 (VI c 1 – vv 2758 – 10/77) „für Zwecke der Wohnfürsorge grundsätzlich nicht für geeignet und ihre optimale wirtschaftliche Verwertung für geboten", weigert sich aber andererseits, gerade solche bundeseigenen Häuser in Hilden an kaufwillige Bundesbedienstete zu verkaufen, und wenn ja, warum?

28. Abgeordneter **von der Heydt Freiherr von Massenbach** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung die zuständigen Oberfinanzdirektionen anweisen, ihre eigenen Beschlüsse zu „einer kontinuierlichen Energiepolitik und zu verstärktem Sparen" (Bulletin der Bundesregierung vom 15. Mai 1979) zu verwirklichen und bundeseigene Wohnungen mit mangelhafter Wärmedämmung, also z. B. auch die 107 bundeseigenen 3 bis 8 Zimmer-Häuser in Hilden, mit entsprechenden Maßnahmen versehen, oder trifft es zu, daß hier nichts geschehen soll?

29. Abgeordneter **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß sogenannte „Vermögensberater" in vielen Fällen den Abschluß von Versicherungsverträgen vermitteln, und welche Möglichkeiten sieht sie, Versicherungsvermittler daran zu hindern, sich als Vermögensberater zu bezeichnen?

30. Abgeordneter **Klein (Dieburg)** (SPD)

Wie hoch sind die Einbußen, die der Bundesrepublik Deutschland durch Steuerhinterziehungen jeweils in den Jahren 1976, 1977 und 1978 schätzungsweise entstanden?

31. Abgeordneter **Dr. Jobst** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung – falls das Volkswagenwerk seine Arbeitsplätze in den kommenden drei Jahren um 11 000 aufstockt (vgl. Süddeutsche Zeitung vom 19. September 1979) – bereit, da der Bund Anteileigner ist, auf den Vorstand des VW – Konzerns einzuwirken, daß nicht nur in den bestehenden Werken die Beschäftigtenzahl aufgestockt wird, sondern durch die Errichtung eines Zweigbetriebs in der mittleren Oberpfalz Arbeitsplätze geschaffen werden, wo in Schwandorf in den letzten Jahren bei Bundesunternehmen in beträchtlicher Zahl Arbeitsplätze abgebaut wurden (z. B. Vereinigte Aluminium Werke, Deutsche Bundesbahn) und durch das Auslaufen des Kohlevorkommens 1981 die 1600 Arbeitsplätze der bayerischen Braunkohleindustrie verschwunden sein werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

32. Abgeordneter **Kroll-Schlüter** (CDU/CSU)

Hält es die Bundesregierung für politisch sinnvoll und rechtlich möglich, den § 6 des Gaststättengesetzes wie folgt zu fassen: „Ist der Ausschank alkoholischer Getränke gestattet, so sind auf Verlangen auch alkoholfreie Getränke zum Verzehr an Ort und Stelle zu verabreichen. Dabei ist mindestens ein alkoholfreies Getränk anzubieten, dessen Preis nicht höher liegt als der des billigsten alkoholischen Getränks"?

33. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Wie ist das Programm der Bundesregierung für mittelständische Existenzneugründungen bisher in Anspruch genommen worden?

34.	Abgeordneter **Walther** (SPD)	Ist die Behauptung richtig, daß die Konditionen des Programms zu unattraktiv sind?
35.	Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)	Will – wie die Presse meldete – die bundeseigene Deutsche Industrieanlagen GmbH ihr Berliner Werk „Ludwig Loewe" verkaufen?
36.	Abgeordneter **Carstens (Emstek)** (CDU/CSU)	Kann die Bundesregierung Auskunft geben, an wen und zu welchen Bedingungen das Werk gegebenenfalls verkauft wird?
37.	Abgeordneter **Stavenhagen** (CDU/CSU)	Wie viele Mitarbeiter sind derzeit bei dem bundeseigenen Werk „Ludwig Loewe" beschäftigt?
38.	Abgeordneter **Stavenhagen** (CDU/CSU)	Was geschieht mit diesen Mitarbeitern nach dem Verkauf des Werks?
39.	Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)	Gibt es, falls Entlassungen bei dem bundeseigenen Werk Ludwig Loewe vorgenommen werden, einen Sozialplan, und wie sieht dieser aus?
40.	Abgeordnete **Frau Pieser** (CDU/CSU)	Soll die Belegschaft in weiteren Berliner Werken der DIAG (z. B. bei Fritz Werner) und in der Hauptverwaltung verringert werden, wie Pressemeldungen zu entnehmen war?
41.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Mit welcher Beschäftigtenzahl bei der DIAG in Berlin ist demnach gegen Ende des Jahrs 1979 zu rechnen, und wie war demgegenüber die Beschäftigtenzahl Ende 1978?
42.	Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Wie verträgt sich diese Entwicklung bei der DIAG mit den Äußerungen der Bundesregierung im Berliner Wahlkampf im Frühjahr dieses Jahrs und insbesondere mit den Worten von Bundeswirtschaftsminister Dr. Graf Lambsdorff in „Die Welt" vom 12. Februar 1979, wonach „bei der DIAG Arbeitsplätze . . . nicht in Gefahr" seien?
43.	Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, für eine Erhöhung des Importkontingents für Kohle über die vorgeschlagenen 1, 1 Millionen Tonnen pro Jahr hinaus einzutreten, wenn diese zusätzlichen Importmengen ausschließlich für die Kohleveredlung verbraucht werden?
44.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Welche Möglichkeiten gibt es nach Auffassung der Bundesregierung unter dem Gesichtspunkt der Energiesubstituierung, die Kapazität an Speicherkraftwerken in der Bundesrepublik zu erhöhen, und welche Voraussetzungen müßten hierfür geschaffen werden?
45.	Abgeordneter **Stockleben** (SPD)	Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung die Errichtung von Luftspeicher-Gasturbinen-Kraftwerken unter energiepolitischen, ökonomischen und ökologischen Gesichtspunkten zu beurteilen?

46. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Hält die Bundesregierung die von den Elektrizitätsunternehmen zur Zeit dem Verbraucher angebotenen Maßnahmen zur Energieeinsparung für ausreichend oder sieht sie Möglichkeiten, diese Maßnahmen auszuweiten?

47. Abgeordneter **Ueberhorst** (SPD)

Was wird die Bundesregierung unternehmen, um die Elektrizitätsunternehmen als wichtigen Partner in der praktischen Förderung der Energieeinsparung, speziell für energieeinsparende Maßnahmen der Verbraucher, zu gewinnen?

48. Abgeordneter **Susset** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die Presse meldete (Neue Revue Nr. 38) –, im EG-Partnerstaat Dänemark 700 Tonnen mit dem hochgiftigen Pflanzenschutzmittel Dieldrin versetzte Butter in den Verkehr gebracht wurde und in andere Länder exportiert werden soll, und wie stellt die Bundesregierung gegebenenfalls sicher, daß diese mit Pflanzenschutzmitteln versetzte Butter nicht in der Bundesrepublik Deutschland in den Verkehr gelangt?

49. Abgeordneter **Susset** (SPD)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß die Anwendung von Dieldrin als Pflanzenschutzmittel in der Bundesrepublik Deutschland verboten ist, und kann die Bundesregierung sicherstellen, daß die in der vorhergehenden Frage erwähnte Butter auch dann nicht in den Verkehr gelangt, wenn der Gehalt an Dieldrin die in der „Höchstmengenverordnung tierische Lebensmittel" angegebene Toleranzgrenze von 0,1 mg/ka unterschreitet?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

50. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Trifft es nach den Erkenntnissen der Bundesregierung zu (Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 15. September 1979), daß in den Niederlanden Eier und Geflügel unter Verwendung von Antibiotika produziert werden und daß diese Erzeugnisse ohne die Einhaltung einer Karenzzeit unmittelbar in den Verkehr gebracht und damit auch in die Bundesrepublik Deutschland verbracht werden können, und was gedenkt sie dagegen zu tun?

51. Abgeordneter **Kiechle** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung in dem in der vorhergehenden Frage geschilderten Sachverhalt gegebenenfalls eine Gefährdung der deutschen Verbraucher und eine Wettbewerbsverzerrung zuungunsten der deutschen Landwirtschaft?

52. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, der Fischerei, die in eine Existenzkrise zu geraten droht, zu helfen, wie es von den drei norddeutschen Küstenländern gefordert wird, und wenn ja, wie werden nach den Vorstellungen der Bundesregierung diese zusätzlichen Hilfen aussehen?

53. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, die auf Grund der hohen Heizölpreise in Bedrängnis geratenen energieintensiven Unterglasgärtnereien statt mit einem Heizölkostenzuschuß mit Investitionshilfen für alternative Energieträger zu unterstützen?

54. Abgeordneter **Horstmeier** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung den Einbau von Sonnenkollektoren beim Unterglasgartenbau für förderungswürdig, und wenn ja, welche Möglichkeiten sieht sie, Investitionshilfen zu gewähren?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

55. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, beim Erlaß der Werkstättenverordnung zum Schwerbehindertengesetz die Vorschläge der Bundesarbeitsgemeinschaft der Werkstätten für Behinderte zu berücksichtigen, insbesondere die Persönlichkeitsentwicklung des Behinderten als gleichrangiges Ziel der Werkstätten aufzunehmen und die Leitung der Werkstätten auch Absolventen einer Fachhochschule für Sozialwesen zu ermöglichen?

56. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß gerade in Arbeitsamtsbezirken mit einem flächenmäßig großen Einzugsgebiet die Arbeitsamtsnebenstellen eine große Bedeutung für ein bürgernahes Angebot der Dienstleistungen der Arbeitsverwaltung haben?

57. Abgeordnete **Frau Steinhauer** (SPD)

Ist die Bundesregierung bereit, im Rahmen ihrer Möglichkeiten auf die Bundesanstalt für Arbeit einzuwirken, um die Auflösung von Nebenstellen dort, wo durch die Schließung Nachteile für die Arbeitnehmer und die heimischen Wirtschaftsunternehmen zu befürchten sind, entweder zu verhindern oder durch eine Regelung, die eine mindestens gleich gute Betreuung der Betroffenen sicherstellt, zu ersetzen?

58. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Wie viele Personen sind durch das arbeitsmarktpolitische Sonderprogramm der Bundesregierung vor dem drohenden Verlust ihres Arbeitsplatzes bewahrt worden, und wie viele konnten wieder einen Arbeitsplatz erhalten?

59. Abgeordneter **Löffler** (SPD)

Welche Angaben können für die Entwicklung in den nächsten Monaten gemacht werden?

60. Abgeordneter **Kirschner** (SPD)

Hat der konjunkturelle Aufschwung dazu geführt, daß in einigen Regionen offene Arbeitsplätze vorhanden sind, die nicht mit den erforderlichen Fachkräften besetzt werden können, und was tut die Bundesregierung, um hier zu einem schnelleren Arbeitsmarktausgleich zu kommen?

61. Abgeordneter **Spitzmüller** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, die gesetzlichen Voraussetzungen dafür zu schaffen, daß gesetzliche Krankenkassen auch dann im Ausland Leistungen gewähren können, wenn ein entsprechendes Sozialabkommen mit dem betreffenden Staat nicht besteht?

62. Abgeordneter **Cronenberg** (FDP)

Hat sich die Bundesregierung in Zusammenhang mit der Vorbereitung des Künstlersozialversicherungsgesetzentwurfs Kenntnis davon verschafft, wie viele selbständige Künstler und Publizisten wegen nicht vorhandener anderweitiger Altersversorgung die Sozialhilfe in Anspruch nehmen?

63. Abgeorndeter **Cronenberg** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfang selbständige Künstler und Publizisten, für die nach dem Entwurf eines Künstlersozialversicherungsgesetzs eine zureichende soziale Sicherung geschaffen werden soll, von der Möglichkeit freiwilliger Weiterversicherung in der gesetzlichen Rentenversicherung Gebrauch gemacht haben?

64. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Ist der Bundesregierung bekannt, wie viele selbständige Künstler und Publizisten, für die nach dem Entwurf eines Künstlersozialversicherungsgesetzes eine zureichende soziale Sicherung geschaffen werden soll, von der Öffnung der gesetzlichen Rentenversicherung für Selbständige Gebrauch gemacht haben?

65. Abgeordneter **Kleinert** (FDP)

Hat sich die Bundesregierung im Zusammenhang mit der Vorbereitung des Künstlersozialversicherungsentwurfs Kenntnis davon verschafft, welche Umsätze vom deutschen Kunsthandel im Bereich der bildenden Kunst mit Werken lebender Künstler per anno getätigt werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

66. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

Auf welche Weise hat sich die Bundeswehr, falls es jemals Geschäftsbeziehungen zwischen ihr und der Firma Stoltzenberg in Hamburg gegeben hat, von der wirtschaftlichen und technischen Leistungsfähigkeit der Firma vor Auftragsvergabe überzeugt, und wie wurde die ordnungsgemäße Durchführung der Aufträge überwacht?

67. Abgeordneter **Jungmann** (SPD)

An welche Firmen werden heute Giftgase und Munition zur Vernichtung von der Bundeswehr abgegeben, und welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung diesbezüglich aus den Vorfällen in Hamburg?

68. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Hat es jemals Aufträge der Bundeswehr an die Firma Stoltzenberg in Hamburg zur Herstellung von Kampfgasen gegeben, und wenn nein, was hat die Bundeswehr getan, um entsprechende wiederholt in der Öffentlichkeit aufgetauchte Gerüchte eindeutig zu widerlegen?

69. Abgeordneter **Paterna** (SPD)

Hat es jemals Aufträge der Bundeswehr an die Firma Stoltzenberg zur Beseitigung von Kampfgasen und/oder Munition gegeben, und wenn ja, wann und in welchem Umfang?

70. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Ist der Bundesverteidigungsminister bereit, alle Beamten, die mit dem Kauf und der Verwendung von chemischen Kampfstoffen zu tun gehabt haben oder öffentlich in diesem Zusammenhang genannt wurden, von ihrer Schweigepflicht zu entbinden, um eine vorbehaltlose Aufklärung sicherzustellen, nachdem öffentlich gegen Dienststellen der Bundeswehr und des Bundesverteidigungsministers Vorwürfe erhoben wurden, chemische Kampfstoffe von der Firma Stoltzenberg bezogen zu haben und diese zunächst dementiert und jetzt eingestanden wurden?

71. Abgeordneter **Frau Schuchardt** (FDP)

Hält es die Bundesregierung für angemessen, wenn Dienststellen der Bundeswehr in Munsterlager mit der Untersuchung der gefundenen Giftstoffe beauftragt werden, obwohl sie beschuldigt werden, am Sachverhalt beteiligt gewesen zu sein und im Umgang mit chemischen Kampfstoffen möglicherweise gegen internationales Recht verstoßen zu haben, und wenn nein, wie kann sichergestellt werden, daß unabhängige Sachverständige die Untersuchungen begleiten?

72. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Wieviel ehemalige Berufsoffiziere mit akademischem Abschluß der Universität Mannheim sind aus der Bundeswehr ausgeschieden, welche Gründe lagen dafür vor und inwieweit sind seitens der Personalführung daraus die Konsequenzen gezogen worden?

73. Abgeordnete **Frau Dr. Timm** (SPD)

Hat der Bundesverteidigungsminister ein Gespräch mit den Oberkommandierenden der NATO-Luftwaffen über Fluglärm und Flugsicherheit geführt, wie die Presse meldete, und welche Entscheidungen wurden gegebenenfalls in der Besprechung getroffen?

74. Abgeordnete **Frau Dr. Timm** (SPD)

Welchen Auftrag erhielt die eingesetzte Arbeitsgruppe Tiefflug, und wann ist mit ersten Ergebnissen zur Linderung der heutigen Fluglärmbelastung zu rechnen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

75. Abgeordneter **Kuhlwein** (SPD)

Liegen der Bundesregierung bereits Ergebnisse des Modellprogramms „Erziehungskurse" vor, und wie werden diese Kurse gegebenenfalls bewertet?

76. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Sind der Bundesregierung Fälle bekannt, wonach Lampen, Aschenbecher und andere Gegenstände, die dekorativen Zwecken dienen und giftige oder gesundheitsschädliche Flüssigkeiten enthalten (Tetrachlorkohlenstoff, Trichlorethylen, Perchlorethylen), bei Erwachsenen, insbesondere Kindern, beim Auslaufen der Flüssigkeiten zu schweren Gesundheitsstörungen oder gar zum Tode führten, und was hat die Bundesregierung gegebenenfalls unternommen, um zu verhindern, daß solche Gegenstände hergestellt oder/und in den Verkehr gebracht werden?

77. Abgeordneter **Sieler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß mit Flammenschutzmittel Tri-(2. 3-Dibrompropyl)-phosphat behandelte Kinderwäsche aus den USA eingeführt und wegen toxologischer Bedenken dort die weitere Verwendung, wie auch in Belgien und Frankreich, zwischenzeitlich untersagt wurde, und wird sie die Herstellung, Einfuhr und Vermarktung solcher Produkte untersagen?

78. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung nach den öffentlichen Anhörungen zum Thema „Tierversuche" mehrere Bestimmungen des Tierschutzgesetzes (wie z. B. § 3 Nr. 2, § 8 Abs. 4, § 9 Abs. 1 Nr. 6) als novellierungsbedürftig an, und wenn ja, liegt hierfür bereits ein Referentenentwurf vor, bzw. wie sieht der Zeitplan der Bundesregierung für die beabsichtigte Novellierung aus?

79. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in Tierversuchen schon Bleikonzentrationen im Blut, die augenblicklich noch als unschädlich gelten, funktionelle Veränderungen im zentralen Nervensystem bewirkt haben, daß ferner gemäß Veröffentlichung im New England Journal of Medicine (Vol. 300, S. 689, 1979) Blei bereits in außerordentlich geringen Dosen – geringeren als jenen, die die bekannten Vergiftungserscheinungen auslösen – das menschliche Gehirn schädigt und Kinder mit relativ hoher Bleikonzentration in der Zahnsubstanz in Intelligenztests wesentlich schlechter abschneiden als Kinder ohne Bleibelastung, und beabsichtigt die Bundesregierung, diesen Tatbeständen durch eine entsprechende Gesetzesänderung Rechnung zu tragen?

80. Abgeordnete **Frau Erler** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung – angesichts der bereits in Brasilien mit Alkoholbeimischungen und in der Bundesrepublik Deutschland mit Methanolzusätzen zum Benzin gesammelten Erfahrungen und in Anbetracht der einschneidenden Bestimmungen, die in USA den Schadstoffgehalt der Autoabgase bis 1985 auf einen Bruchteil der heute noch zulässigen Werte reduzieren sollen – die zulässigen Grenzwerte der Bleibelastung durch Autoabgase auf eine Größenordnung senken, die von dem wissenschaftlichen Erkenntnisstand über die Giftbelastung der Umwelt bestimmt wird, und welche Zielvorstellungen und Zeitpläne für die Realisierung liegen den Arbeiten gegebenenfalls zugrunde?

81. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, auch jenen Haushalten Heizkostenzuschüsse zu gewähren, denen als einzige Energiequelle Elektrizität, wie z. B. Wulfen-Barenberg zur Verfügung steht und die durch die geplante Strompreiserhöhung möglicherweise überdurchschnittlich belastet werden?

82. Abgeordnete **Frau Hürland** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Erlaubnis zur vorübergehenden Ausübung des ärztlichen Berufs gemäß § 10 der Bundesärzteordnung sehr restriktiv von den Ländern gehandhabt wird und ausländische Ärzte diese Erlaubnis nicht mehr erhalten, selbst wenn sie 14 Jahre und länger in Krankenhäusern in der Bundesrepublik tätig waren, und ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, etwa durch allgemeine Verwaltungsvorschriften auf eine Änderung dieser Praxis hinzuwirken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

83. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung darüber Auskunft geben, weshalb sie in der Vorbesprechung mit dem Land Baden-Württemberg den Ausbau der B 31 gegenüber der A 98 vorzieht, obwohl in der Drucksache 8/1938, Nummer 1131, S. 358, ausgeführt wird, „Diese Autobahn führt durch die nördliche Bodenseelandschaft, sie soll sowohl den Transitverkehr als auch den örtlichen Ziel- und Quellverkehr der Ufergemeinden von der uferparallelen Bundesstraße B 31, deren Verkehrsaufkommen besonders während der Sommersaison für die Seeufergemeinden mit Fremdenverkehr unzumutbare Ausmaße angenommen hat, teilweise übernehmen" und auch bezug auf die Verlärmung in der gleichen Drucksache Nummer 1224, S. 393 genommen wird?

84. Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Welchen Wert mißt die Bundesregierung dem unmittelbaren Seeuferbereich als Erholungslandschaft zu, obwohl doch davon auszugehen ist, daß die in diesem Gutachten genannten Lärmwerte sicher zu einer Beeinträchtigung der Uferlandschaft und des Erholungsgebietes führen?
85. Abgeordneter **Broll** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es für mit dem Gleichheitsgrundsatz vereinbar und für strukturpolitisch vertretbar, daß für Telefonanschlüsse bei abseits liegenden Grundstücken außer den normalen Anschließungsgebühren noch einmalige Zusatzgebühren erhoben werden, die die Größe vierstelliger Zahlen erreichen?
86. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)	Ist die Bundesregierung in Anbetracht des besonderen Charakters der Arbeit der Björn-Steiger-Stiftung – vor allem im Zusammenhang mit Hilfsmaßnahmen bei Unfällen in Straßenverkehr – bereit, die Deutsche Bundespost anzuweisen, angesichts des Beitrags der Björn-Steiger-Stiftung für das Gemeinwohl auf die monatliche Grundgebühr von 27 DM aus den an den Straßen angebrachten Notrufmeldern zu verzichten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

87. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)	Hält die Bundesregierung es angesichts der hohen energiesparenden Wirksamkeit aller Wärmedämmungsmaßnahmen im Wohnbereich und der Vielzahl der Ansatzpunkte, Materialien und Verfahren für wärmedämmende Maßnahmen für angebracht, der Bevölkerung eine eingehende Informationsschrift zu diesen Fragen zur Verfügung zu stellen?
88. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Welchen Stand haben die vorbereitenden Arbeiten im Bundesbauministerium zur Novellierung des Wohngeldgesetzes, und bis zu welchem Zeitpunkt ist der Bundesbauminister in der Lage, nach vorgegebenen Zielen einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?
89. Abgeordneter **Dr. Jahn (Münster)** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen zieht der Bundesbauminister aus dem Beschluß der SPD-Fraktion, eine Gesetzesnovelle zum Wohngeldgesetz in Zusammenarbeit mit dem Bundesbauministerium zu erarbeiten, beabsichtigt er insbesondere die Vorlage einer eigenen Initiative, und wenn ja, welche Verbesserungen des Wohngelds wird diese vorsehen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

90. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Sind der Bundesregierung Anhaltspunkte dafür bekannt, daß Zigeunerkinder in zahlenmäßig größerem Umfang nicht der bestehenden Schulpflicht genügen?
91. Abgeordnete **Frau Simonis** (SPD)	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Schullaufbahnen von Zigeunerkindern in auffälliger Weise vom sonstigen Bild (zum Beispiel Verteilung auf weiterführende Schulen, Besuch von Sonderschulen, erreichte Abschlüsse) abzuweichen?

92. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Hält die Bundesregierung besondere, auf Zigeunerkinder beschränkte schulische Fördermaßnahmen sowie Maßnahmen zur Ansprache der Zigeunereltern für erforderlich?

93. Abgeordneter **Thüsing** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Informationen darüber vor, welche Ausbildungsgänge der beruflichen Bildung jugendliche Zigeuner wählen und ob sie die Ausbildung abschließen?

94. Abgeordneter **Weisskirchen (Wiesloch)** (SPD)

Stimmt die Bundesregierung der Auffassung zu, daß selbstverantwortliche Tätigkeit von Schülern und Jugendlichen in Schülerzeitschriften/jugendeigenen Zeitungen grundsätzlich von hohem pädagogischen und gesellschaftlichen Wert sind und daher Förderung verdienen, und was unternimmt die Bundesregierung zur Förderung der Schülerpresse/jugendeigene Zeitungen, und wie können die Aktivitäten erweitert werden?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

95. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Trifft es zu, daß die Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) und ihr Aufsichtsratsvorsitzender, Staatssekretär Dr. Carl-Werner Sanne vom Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Auffassung vertreten haben, daß in manchen Entwicklungsländern die Grenze der Absorptionsfähigkeit für Großprojekte mit ausländischer Finanzierung erreicht sei, und wenn ja, teilt die Bundesregierung diese Meinung, und wie läßt sich diese Meinung mit der Tatsache vereinbaren, daß eine Vielzahl förderungswürdiger Projekte in der Planungsreserve verbleiben muß, weil für ihre Realisierung nicht genügend Mittel zur Verfügung stehen?

96. Abgeordneter **Bindig** (SPD)

Wie beurteilt die Bundesregierung in diesem Licht die Anhörung des Bundestagsausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit über die Nord-Süd-Verflechtung, die ergeben hat, daß die Absorptionsfähigkeit der Länder in der Dritten Welt für entwicklungspolitische Maßnahmen noch nicht ausgeschöpft ist, und sieht die Bundesregierung in dem Argument der Begrenztheit der Absorptionsfähigkeit in der Dritten Welt eine Gefahr für die Bereitschaft der Öffentlichkeit, Entwicklungspolitik zu unterstützen?

97. Abgeordneter **Kittelmann** (CDU/CSU)

Welche qualitativ besonderen Merkmale der Menschenrechtsverletzung setzt die Bundesregierung als Wertmaßstab an, ausländische Gäste zu empfangen oder zu Gesprächen nicht bereit zu sein, wie im Fall des chilenischen Außenministers Cubillos durch Bundesminister Offergeld?

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

98. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Warum ist bei der Wiedergabe der Rede des Bundestagspräsidenten am 12. September 1979 im Bulletin der Bundesregierung am 13. September 1979 entsprechend dem Bundestagsprotokoll der Nachdruck der Beifallsbekundungen nur auf die Begrüßung der anwesenden Gäste beschränkt und der aller übrigen Beifallsbekundungen zu den politischen Aussagen unterlassen worden?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

99. Abgeordneter **Dr. Freiherr Spies von Büllesheim** (CDU/CSU)

Sieht die Bundesregierung die Möglichkeit, zur Förderung des Europagedankens allein oder im Zusammenhang mit den Ländern und den europäischen Institutionen Besuchsfahrten von Jugendlichen zum Europäischen Parlament und zum Europarat in besonderer Weise und etwa so zu fördern, wie dies mit hoher Wirksamkeit seit Jahren für Berlinfahrten geschieht?

100. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Wie hoch ist die Finanzkreditdeckung zur teilweisen Absicherung des Kredits, die der Bund laut einer dpa-Meldung im Zusammenhang mit dem Vertrag vom 14. September 1979 und dem Vorvertrag der Metallgesellschaft AG Frankfurt vom Juni 1979 mit den zuständigen Staatshandelsgesellschaften der Volksrepublik Polen über die Erschließung eines Vanadium- und Ilmenit-Vorkommens in Polen und über die Lieferung dieser Produkte zugesagt hat?

101. Abgeordneter **Dr. Mertes (Gerolstein)** (CDU/CSU)

Bleibt die Bundesregierung bei dem Dementi durch Staatsminster Dr. von Dohnanyi in der Fragestunde am 13. Juni 1979, daß Meldungen, die Volksrepublik Polen habe von der Bundesrepublik Deutschland einen Rohstoffkredit in Höhe von 1 Milliarde DM zu erwarten, unzutreffend seien?

102. Abgeordneter **Dr. Hupka** (CDU/CSU)

Wie hoch ist nach der Bundesregierung vorliegenden Informationen die Zahl der Härtefälle von Familienangehörigen, für die die polnische Regierung seit 1976 keine Interventionsnotizen entgegennimmt, weil ein Familienmitglied als Besucher in der Bundesrepublik Deutschland geblieben ist?

103. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Ist es mit dem Normalisierungsprozeß in den Beziehungen mit Polen vereinbar, daß zehntausende Kinder deutscher Staatsangehöriger in den Gebieten östlich von Oder und Neiße keine deutschen Schulen, keinen muttersprachlichen Unterricht haben, und welche weiteren Schritte erwägt die Bundesregierung, um die dadurch bedingte zwangsweise Überführung der Kinder deutscher Staatsangehöriger in die polnische Nationalität, welche Artikel II E der Konvention zur Verhinderung des Völkermords verletzt und nach § 220 a StGB zu verfolgen ist, zu verhindern, sowie den Zusagen im Bundesrat im Zusammenhang mit den deutsch-polnischen Abmachungen 1975/76 gerecht zu werden?

104. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wie ist anläßlich des Abschlußes des Konsularvertrages zwischen den USA und Ost-Berlin das diplomatische Betreuungsrecht für deutsche Staatsangehörige durch unsere Auslandsvertretung sichergestellt worden?

105. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Bei welchen offiziellen Besuchen von Staatsoberhäuptern oder Regierungsmitgliedern in Bonn in den letzten drei Jahren aus Staaten, in denen nach Kenntnis der Bundesregierung Menschenrechte in erheblichem Ausmaß verletzt werden, hat der Bundesaußenminister ungefragt öffentlich bekunden lassen, daß er dem Besucher die Besorgnis der Bundesregierung über die Menschenrechtssituation in dem von ihm vertretenen Land ausgedrückt habe,

und bei welchen Besuchen der bezeichneten Art haben sich Mitglieder der Bundesregierung geweigert, mit dem Besucher zusammenzutreffen?

106. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Warum hat die Bundesregierung meine parlamentarische Anfrage nach Gründen und Zweck des beabsichtigten Empfangs des chilenischen Außenministers durch den Bundesaußenminister nicht in der von der Geschäftsordnung des Bundestages vorgesehenen Frist beantwortet, obwohl die inzwischen übermittelte Antwort im wesentlichen einer Presseerklärung entspricht, die vom Auswärtigen Amt nach erfolgtem Empfang des chilenischen Außenministers verbreitet worden ist?

107. Abgeordneter **Gansel** (SPD)

Entspricht dieses Verhalten dem Verständnis der Bundesregierung von den Kontroll- und Informationsrechten des Bundestages?

108. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Was gedenkt die Bundesregierung in Zukunft aktiver und intensiver zu unternehmen, damit die im deutsch- südafrikanischen Kulturabkommen vorgesehenen Austausch- und Förderungsmaßnahmen grundsätzlich über den Kreis des weißen, vor allem burischen Bevölkerungsanteils (10 v. H.) prozentual entsprechend den übrigen 90 v. H., nämlich den „vielen Völkern" zugute kommen, von denen die südafrikanischen Unterzeichner des Abkommens ja selbst in ihrem eigenen Lande sprechen?

109. Abgeordnete **Frau von Bothmer** (SPD)

Kann die Bundesregierung versichern, daß es im Rahmen des im Kulturabkommen genannten Austausches von Wissenschaftlern keine nuklear- technische Zusammenarbeit gegeben hat?

110. Abgeordneter **Gerster (Mainz)** (CDU/CSU)

Hat Staatsminister von Dohnanyi auf einem SPD-Unterbezirksparteitag in der Südpfalz ausgeführt, „Die Bundesregierung gehe davon aus, daß die Bewaffnung der Sowjetunion defensiv sei" („Rheinpfalz" vom 17. September 1979), und wenn ja, hat er damit die Auffassung der Bundesregierung zutreffend wiedergegeben?

111. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Vietnamflüchtlingen bei der Wiederbeschaffung zurückgelassener oder verloren gegangener Diplome, Zeugnisse oder anderer Bescheinigungen über abgelegte schulische oder berufliche Ausbildungsgänge zu helfen, und was ist diesbezüglich von der Bundesregierung gegenüber der Regierung Vietnams bereits geschehen oder beabsichtigt?

112. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob – wie die Frankfurter Rundschau vom 17. September 1979 berichtet – Frankreich „zur Sicherung seiner auswärtigen Interessen einschließlich des Schutzes seiner Ölzufuhren" eine 3000 Mann starke Einsatztruppe aufbaut, die gemeinsam mit der 11. Fallschirmjägerbrigade Mitte 1980 besonders im Mittelmeerraum und in Afrika einsatzfähig sein soll?

113. Abgeordneter **Schlaga** (SPD)

Kann die Bundesregierung gegebenenfalls Gründe anführen – wenn ja, welche –, aus denen klar hervorgeht, daß durch diese geplante französische Maßnahme die notwendige einheitliche außen-

politische Handlungsfähigkeit der Europäischen Gemeinschaft zum Beispiel gegenüber Afrika, nicht gefährdet ist?

114. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Liegen der Bundesregierung Erklärungen der Volksrepublik Vietnam vor, nach denen diese bereit ist, bei bilateralen Verträgen und Abkommen mit der Bundesrepublik Deutschland West-Berlin einzubeziehen, und gab es in den letzten Jahren Schwierigkeiten bei Verhandlungen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Volksrepublik Vietnam über die Einbeziehung West-Berlins?

115. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie hat die Bundesregierung auf das Telegramm von 38 Deutschen in der Sowjetunion, die um Hilfe für ihre Ausreise gebeten haben, reagiert?

116. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die polnische Forderung, das Recht in der Bundesrepublik Deutschland „an den Buchstaben und Geist der Verträge als Voraussetzung für einen weiteren Fortschritt der Normalisierung" anzupassen (Nachrichtenspiegel I vom 13. September 1979), und wird sie solchen Forderungen nachkommen?

B. Schriftliche Fragen gemäß IV. der Richtlinien sowie Fragen gemäß I. der Richtlinien, um deren schriftliche Beantwortung bis zur Drucklegung gebeten wurde

Geschäftsbereich des Bundeskanzlers und des Bundeskanzleramtes

1. Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)

Wie will der Bundeskanzler seine Behauptungen in der Haushaltsdebatte des Deutschen Bundestages am 13. September 1979, wonach sich der niedersächsische Oppositionsführer Ravens und die niedersächsische SPD-Landtagsfraktion im Gegensatz zu Ministerpräsident Albrecht klar für das Prinzip der integrierten Entsorgung eingesetzt hätten, in Einklang bringen mit dem Antrag der niedersächsischen SPD-Landtagsfraktion vom 9. Mai 1979, „Die Landesregierung wird aufgefordert, eine positive Entscheidung über die grundsätzliche Realisierbarkeit eines integrierten Entsorgungszentrums nach dem jetzigen Stand der Erkenntnisse nicht zu treffen, und den von der Deutschen Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffe mbH beim niedersächischen Sozialminister zur Genehmigung eingereichten Antrag für eine Wiederaufbereitungsanlage in Gorleben aus Sicherheitsgründen abzulehnen.“?

2. Abgeordneter **Franke (Hamburg)** (CDU/CSU)

Ist der Bundeskanzler bereit, seine vor dem Deutschen Bundestag erhobene Behauptung zurückzunehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Auswärtigen

3. Abgeordneter **Dr. Hornhues** (CDU/CSU)

Sind bei den Verhandlungen über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit Angola auch die Angola-Deutschen betreffenden Fragen erörtert worden?

4. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Wieviel Projektmittel des Auswärtigen Amts und der Bundesministerien für innerdeutsche Beziehungen sowie für Bildung und Wissenschaft werden jährlich zur Beseitigung der Fehler, Einseitigkeiten und Unrichtigkeiten in den deutsch-polnischen Schulbuchempfehlungen, auf die mehrere Länderregierungen und der Bundeskanzler aufmerksam gemacht haben, aufgewandt, und welche Institutionen erhalten Förderungsmittel mit dieser Zielsetzung?

5. Abgeordneter **Dr. Czaja** (CDU/CSU)

Hat die Bundesregierung dem niederländischen Außenminister dafür gedankt, daß er in einem Rundfunkinterview vor seiner Reise zur Unterzeichnung eines Kulturabkommens nach Ost-Berlin bekanntgab, er habe vereinbaren lassen, daß bei seiner Ankunft „keine militärische Schau“ in Ost-Berlin stattfinde, da es dort nach den getroffenen Verträgen kein ostdeutsches Militär geben darf und er nicht dort hinreise, um „Soldaten zu inspizieren“, wie auch, daß er über die Bestrafung von DDR-Schriftstellern eine „ehrliche Diskussion“ führen werde?

6. Abgeordneter **Voigt (Sonthofen)** (CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung inzwischen gelungen, die Bestimmungen der „Facility Security Clearance" („Department of Defense-Regulations 5220.22 R"), die eine erhebliche Benachteiligung deutscher Firmen im Zuge der deutsch-amerikanischen Zusammenarbeit vorsieht, zu beseitigen, zumal diese Bestimmungen im glatten Widerspruch zu den im Herbst 1978 vereinbarten Rahmenabkommen über deutsch-amerikanische Rüstungszusammenarbeit steht?

7. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche Jugend- und Studentenorganisationen sollten nach Auffassung der Bundesregierung an der Zusammenarbeit zwischen deutschen und polnischen Jugendlichen im Rahmen des Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen beteiligt werden?

8. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung insbesondere aus der Tatsache, daß in dem von der polnischen Regierung vorgelegten Entwurf für ein Durchführungsprogramm des Abkommens über die kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und Polen unter den in der Bundesrepublik Deutschland tätigen studentischen Organisationen lediglich kommunistische Organisationen aufgeführt sind – nämlich der Marxistische Studentenbund (MSB) Spartakus, der Sozialistische Hochschulbund (SHB) und die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) –, nicht jedoch beispielsweise der Ring Christlich-Demokratischer Studenten (RCDS)?

9. Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)

Können überhaupt Jugendorganisationen wie die Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ), die im Verfassungsschutzbericht als eine demokratiefeindliche Vereinigung eingeschätzt wurde oder wie die Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS), die wegen mangelnder Verfassungstreue öffentliche Mittel entzogen erhielten, Gegenstand eines internationalen Abkommens über kulturelle Zusammenarbeit zwischen der Bundesrepublik Deutschland und einem anderen Staat sein?

Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

10. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Waren nach den Erkenntnissen der zuständigen Organe des Bundes an den Vorbereitungen der Krawalle gegen den Kanzlerkandidaten der Union in Köln und Essen auch türkische Gruppen beteiligt?

11. Abgeordneter **Schröder (Lüneburg)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung im Zusammenwirken mit den Ländern zu tun, um ausländische Organisationen und Ausländer davon abzuhalten, sich in die innenpolitischen Auseinandersetzungen der Bundesrepublik Deutschland in irgend einer Weise einzumischen?

12. Abgeordneter **Dr.-Ing. Oldenstädt** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Reisebeihilfe nach § 5 der Trennungsgeldverordnung (TGV) die Zuschläge für Intercity-Züge weiterhin nur in den Fällen des § 5 Abs. 1 Satz 2 TGV berücksichtigt, obwohl die Deutsche Bundesbahn mit der Einführung des Stundentakts im Inter-

city-Netzverkehr zahlreiche D-Züge „umgestuft“ und damit als Alternative im Fernverkehr ausgeschaltet hat, und beabsichtigt die Bundesregierung, aus dieser von der Deutschen Bundesbahn geschaffenen Lage die Konsequenz zu ziehen und die Trennungsgeldverordnung in absehbarer Zeit zu ändern?

13. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung gegen die unbefriedigende Liegenschaftssituation des Technischen Hilfswerks zu unternehmen, dessen Nachholbedarf bei Neubaumaßnahmen, kleinen Neu-, Um- und Erweiterungsbauten sowie auch bei Anmietungen von Garagen und Unterkunftsräumen beträchtlich ist?

14. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Wie soll die bereits bestehende Differenz zwischen Ausgabenbedarf lediglich bei Neubaumaßnahmen (Titel 71 252) im Haushaltsjahr 1980 ca. 19 Millionen DM, im Haushaltsjahr 1981 ca. 18,5 Millionen DM und dem Voranschlag für die Haushaltsjahre 1980 7 Millionen DM und 1981 8 Millionen DM überbrückt werden, wenn eine noch größere Differenz zwischen aufzuwendenden Kosten und gewährten Mitteln bei der steigenden Kostengrenze für derartige Baumaßnahmen von 250 000 DM auf 500 000 DM in den 80er Jahren zu erwarten ist?

15. Abgeordneter **Eymer (Lübeck)** (CDU/CSU)

Wie kann der Zivilschutz effektiv gestaltet werden, wenn für das Haushaltsjahr 1979 2 Millionen DM zur Verfügung stehen (1980 bis 1982 je 2,6 Millionen DM), während ein Jahresbedarf von 10,7 Millionen DM beim Bundesamt für den Zivilschutz vorliegt?

16. Abgeordneter **Schäfer (Offenburg)** (SPD)

Hat die Bundesregierung durch Austausch eines Briefwechsels mit der französischen Regierung die Verträge der deutschen Elektrizitätswirtschaft mit der französischen Firma Cogema zur „Entsorgung“ deutscher Kernkraftwerke gleichsam politisch ratifiziert, obwohl dem Petitum des Parlaments auf Einblick in die geheimen Verträge bislang nicht stattgegeben wurde, und wenn ja, wie erklärt die Bundesregierung diesen Tatbestand?

17. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen Industrie-Branchen – außer bei Zementwerken – die Verwendung von Thallium üblich ist?

18. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Liegen Erkenntnisse über weitere Fälle einer Abgabe von Thallium an die Umwelt bei Produktionsverfahren vor, außer den bisher aus den Medien bekannten?

19. Abgeordneter **Dr. Schachtschabel** (SPD)

Welche Maßnahmen sieht die Bundesregierung zur Verhinderung weiterer Umweltschäden durch Thallium vor?

20. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Wann gedenkt die Bundesregierung die Jubiläumszuwendungen, die durch die Verordnung über die Gewährung von Jubiläumszuwendungen an Beamte und Richter des Bundes in der Fassung vom 7. Mai 1965 (BGBl. I S. 411) – also vor über 14 Jahren – festgelegt worden sind, an die jetzt getroffene tarifvertragliche Regelung für Angestellte und Arbeiter im öffentlichen Dienst anzupassen?

21. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Ist der Bundesregierung bekannt, an welchen Orten in der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Monaten Thallium-Immissionen festgestellt worden sind, und wie beurteilt die Bundesregierung deren gefährliche Folgen?
22. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Welche Möglichkeiten bestehen nach Meinung der Bundesregierung, um diese gefährlichen Thallium-Immissionen zu verhindern?
23. Abgeordneter **Biechele** (CDU/CSU)	Wie beurteilt die Bundesregierung den von Wissenschaftlern der Gesellschaft für Strahlen- und Umweltforschung in Neuherberg-München entwickelten und relativ einfachen biologischen Test, mit dem durch Umweltkatastrophen gefährdete Gebiete im Umkreis von chemischen Werken überwacht und selbst kleinste Mengen hochgiftiger Substanzen nachgewiesen werden können, und erwägt sie gegebenenfalls für die Einführung dieses Verfahrens einzutreten?
24. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	In welchem Umfang hat die Bundesregierung untersucht, welche Umweltbelastungen von großen Kohleveredlungsanlagen ausgehen, und zu welchen Schlußfolgerungen ist sie hierbei gekommen?
25. Abgeordneter **Dr. Hubrig** (CDU/CSU)	Welche Konsequenzen ergeben sich aus den Umweltbeeinträchtigungen durch Kohleveredlungsanlagen im Hinblick auf die Standorte, welche die Bundesregierung im Programm zur Kohleveredlung vorzuschlagen gedenkt?
26. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)	Welches Konzept verfolgt das Bundesarchiv Koblenz mit den 2 Millionen DM, die für den Ausbau des Freiheitsmuseums Rastatt in vier Raten vorgesehen sind, und wofür wird der auf das Jahr 1979 entfallende Teilbetrag von 500 000 DM konkret verwendet?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

27. Abgeordnete **Frau Will-Feld** (CDU/CSU)	Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung auf Grund der Entschließung des Deutschen Bundestages vom 17. Mai 1979 ergriffen, in der die Bundesregierung aufgefordert wurde, sich zum Abbau von Wettbewerbshindernissen im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften dafür einzusetzen, daß diejenigen Umsätze, für die ein vom allgemeinen Steuersatz abweichender Steuersatz gelten soll, baldmöglichst durch eine Richtlinie der Europäischen Gemeinschaften für alle Mitgliedstaaten einheitlich bestimmt werden sollen, und welche Dienststellen bei den Europäischen Gemeinschaften hat die Bundesregierung bereits angesprochen?
28. Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Hält es die Bundesregierung mit dem von ihr mehrfach bekundeten Grundsatz, daß zwischen dem Einkommensteueranteil einer Gemeinde und der Steuerleistung ihrer Bürger ein möglichst aktueller Zusammenhang bestehen muß, für vereinbar, daß der Verteilungsschlüssel für den Gemeindeanteil an der Einkommensteuer nach den Ergebnissen der mehrere Jahre zurückliegenden Finanzstatistiken (z. B. für 1979: Einkommensteuerfinanzstatistik 1974) festgelegt wird?

29.	Abgeordneter **Erhard (Bad Schwalbach)** (CDU/CSU)	Weshalb wird für die Feststellung des Verteilungsschlüssels nicht aktuelleres statistisches Material verwendet, das mit Hilfe der elektronischen Datenverarbeitung ohne größere Schwierigkeiten gewonnen werden kann?
30.	Abgeordneter **Seiters** (CDU/CSU)	Wie hoch wäre bei Einbeziehung der Kraftfahrzeugsteuer in die Mineralölsteuer und der daraus resultierenden Benzinpreiserhöhungen im einzelnen die Mehrbelastung ländlicher und strukturschwacher Räume gegenüber den Verdichtungszonen und Ballungszentren unter Berücksichtigung der mehr zurückgelegten Kilometer, des erhöhten Benzinverbrauchs und der regionalen Preisdifferenzierung?
31.	Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die insgesamt von der Bundesrepublik Deutschland aufgenommenen Kredite, in welchem Zeitplan sind sie zur Rückzahlung fällig, und wie hoch sind die Zinsen bis zur gesamten Rückzahlung dieser aufgenommenen Kredite?
32.	Abgeordneter **Kolb** (CDU/CSU)	Handelt es sich bei diesen Krediten um Kredite mit einem festen Rückzahlungstermin, oder ist hier eine variable Rückzahlungsmöglichkeit vorhanden?
33.	Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)	Unternimmt die Bundesregierung etwas und gegebenenfalls was gegen die Einfuhr sogenannter Antibiotika-Eier aus unserem Nachbarland Holland?
34.	Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)	Beabsichtigt die Bundesregierung – im Falle einer Novellierung des Arbeitnehmerüberlassungsgesetzes (AÜG) – eine Abgrenzung von echten und unechten Werkverträgen im Gesetz vorzunehmen, um so die auf dem Wege der unechten Werkverträge betriebenen illegalen Arbeitnehmerüberlassungen transparenter und für die Prüfer eindeutiger identifizierbar werden zu lassen?
35.	Abgeordneter **Gobrecht** (SPD)	Kann die Bundesregierung bereits erste Auskünfte über die Erfahrungen der Finanzverwaltungen geben, die – nach Auskunft des Parlamentarischen Staatssekretärs Dr. Böhme auf meine Frage vom 30. März 1979 – dazu übergegangen sind, zur Verbesserung der Realisierung von Steueransprüchen bei illegaler Arbeitnehmerüberlassung den Entleiher für die Lohnsteuer der Leiharbeitnehmer über § 10 AÜG in Anspruch zu nehmen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

36.	Abgeordneter **Müller (Nordenham)** (SPD)	War – wie das Delmenhorster Kreisblatt vom 14. September 1979 meldete – für die beabsichtigte Stillegung der Wollkämmerei der VKS in Delmenhorst mit dem Verlust von mindestens 200 Arbeitsplätzen eine Stellungnahme des Bundeskartellamts in Berlin ausschlaggebend?
37.	Abgeordneter **Müller (Nordenham)** (SPD)	Welche Gründe waren beim Verbot der Fusion mit der Bremer Wollkämmerei maßgebend, und warum konnte eine Ausnahmegenehmigung nicht erteilt werden?
38.	Abgeordneter **Müller (Nordenhamm)** (SPD)	Welche Marktanteile entfallen nach der Schließung der Delmenhorster Wollkämmerei auf die noch in der Bundesrepublik Deutschland verbliebenen Unternehmen?

39. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Welche gesetzlichen Regelungen oder Verordnungen erlauben es, Preiserhöhungen für Gas unter Maßgabe der Preise von Heizöl durchzuführen, und ist die Kopplung des Gaspreises an den des schweren Heizöls dann noch gerechtfertigt, wenn weder die Gasgewinngs- noch die Gasvertriebskosten in der Öffentlichkeit angekündigte Preissteigerungen zwischen 25 und 50 Prozent oder mehr begründen können?

40. Abgeordneter **Ibrügger** (SPD)

Hält es die Bundesregierung unter Maßgabe der dann zu erwartenden Steigerung der Kosten für die Lebenshaltung noch für vertretbar, unter allen Umständen an der Kopplung von Gas- und schwerem Heizöl festzuhalten?

41. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage des Bundeswirtschaftsministers, Dr. Graf Lambsdorff, zum Bau der A 56 Düren – Euskirchen – Miel, daß –was den Ausbau dieser Autobahn betrifft – „eine Denkpause" eintreten soll, obwohl die A 56 in der Dringlichkeitsstufe 1 a ist und sogar vom Zukunftsinvestitionsprogramm der Bundesregierung unterstützt wird?

42. Abgeordneter **Dr. Laufs** (CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, daß sich im Wirtschaftsbereich Teerbau und Bitumenmischwerke eine den Wettbewerb bedrohende Konzentrationsbewegung abzeichnet, und welche wettbewerbsrechtlichen Maßnahmen zur Erhaltung einer mittelständischen Struktur erscheinen ihr angezeigt?

43. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Hält die Bundesregierung die von den EG-Mitgliedstaaten signalisierte Bereitschaft, einen Subventionskodex für die Stahlindustrie zu beschließen, für ausreichend, und welches sind die aus Sicht der Bundesregierung unverzichtbaren Bestandteile einer solchen Regelung?

44. Abgeordneter **Hoffmann (Saarbrücken)** (SPD)

Zu welchem Zeitpunkt ist mit dem Inkrafttreten eines Stahl-Subventionskodex zu rechnen, und sind im Vorlauf zu diesem Termin erhebliche Subventionierungen der staatlichen und halbstaatlichen Stahlunternehmen einiger EG-Länder zu erwarten?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

45. Abgeordneter **Regenspurger** (CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, daß durch den steigenden Einsatz von Kreiselmähern bei der Heuernte in wachsendem Maße Jungwild, insbesondere Rehkitze, getötet werden, die Verwendung von Schutzvorrichtungen vorzuschreiben, wie dies in verschiedenen Ländern bereits seit Jahren der Fall ist, und wann ist, falls die Frage bejaht wird, mit einer solchen Regelung zu rechnen?

46. Abgeordneter **Dr. Voss** (CDU/CSU)

Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen, daß Beiträge zur landwirtschaftlichen Berufsgenossenschaft unmittelbar von denjenigen erhoben werden, die auf diesen Grundstücken eine Landwirtschaft betreiben, statt Beiträge von Eigentümern zu erheben, die in keinerlei Beziehung zu landwirt-

schaftlichen Tätigkeiten stehen, und ist in diesem Zusammenhang an eine Aufhebung des § 815 der Reichsversicherungsordnung i. V. m. dem Erlaß des Sozialgesetzbuchs 10 gedacht?

47. Abgeordnete **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Mit wie vielen familieneigenen Arbeitskräften erwirtschaften die 168 700 landwirtschaftlichen Betriebe drei Viertel des gesamten bundesdeutschen landwirtschaftlichen Reineinkommens bzw. Gewinns, und wie hoch war das landwirtschaftliche Reineinkommen, das eine Familienarbeitskraft in diesen 168 700 Betrieben 1978 und in den fünf Jahren davor erwirtschaftet hat?

48. Abgeordneter **Frau Dr. Martiny-Glotz** (SPD)

Mit wie vielen familieneigenen Arbeitskräften erwirtschafteten die übrigen 674 940 Betriebe ab 1 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche das restliche Viertel des landwirtschaftlichen Reineinkommens, und wie hoch war das landwirtschaftliche Reineinkommen, das eine Familienarbeitskraft in diesen 674 940 Betrieben 1978 und in den fünf Jahren davor erwirtschaftet hat?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

49. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchen westlichen Staaten ehemalige Kriegsgefangene die Vorziehung ihrer Rente um die Jahre der Kriegsgefangenenschaft mit Eintritt des 60. Lebensjahrs beantragen können, die ihnen dann in voller Höhe so gewährt wird, als ob sie das 65. Lebensjahr vollendet hätten, und ist die Bundesregierung bereit, eine solchc Regelung auch in der Bundesrepublik Deutschland zu realisieren?

50. Abgeordneter **Josten** (CDU/CSU)

Wie viele ehemalige Kriegsgefangene würden bei einer Beanspruchung der Vorziehung des Altersruhegeldes um die Jahre der Kriegsgefangenschaft in Frage kommen, wenn eine generelle Vorziehung dieses Personenkreises auf das 60. Lebensjahr erfolgen würde?

Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

51. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob sich innerhalb der Luftwaffe bei den Nachprüfern mit Zweitlizenzen eine immer größer werdende Unzufriedenheit bemerkbar macht, weil sie im Vergleich zu den Prüfern, die die Zweitlizenz abgelehnt haben, bedeutende zusätzliche Dienstzeitbelastungen hinnehmen müssen, die weder laufbahn- noch zulagemäßig Anerkennung finden, und wann wird die Bundesregierung welche Maßnahmen ergreifen, um eine Besserstellung der Nachprüfer, die durch eine Ergänzungsausbildung die Zweitlizenz erworben haben, zu erreichen?

52. Abgeordneter **Würtz** (SPD)

Liegen dem Bundesverteidigungsministerium neue anthropologische Untersuchungen zum Thema „Belastung des fliegenden Personals" vor, die ein Abgehen vom Verhältnis 100 : 80 in der Zulagenregelung zwischen fliegendem Personal (Strahl) und sonstigem fliegenden Personal gerechtfertigt erscheinen lassen, oder wie sonst begründet die Bundesregierung ihre derzeitgen Vorschläge?

53. Abgeordnete **Frau Dr. Timm** (SPD)

Besitzt – wie die Presse meldete – das Bundesverteidigungsministerium bislang keine Übersicht über die Durchführung von Tiefflügen und deren mögliche Häufung in einigen Gebieten, und wie gedenkt die Bundesregierung diesen Zustand zu beseitigen?

54. Abgeordnete **Frau Dr. Timm** (SPD)

Trifft es zu, daß es durch die Luftraumstruktur der Bundesrepublik Deutschland in einzelnen Regionen zu Konzentrationen von Tiefflugbewegungen kommt, und wie gedenkt die Bundesregierung die daraus entstehende Belastung für die Bevölkerung dieser Regionen zu beseitigen?

55. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Trifft es zu, daß der amerikanische Verteidigungsminister die Bundesregierung bzw. Bundesminister Dr. Apel aufgefordert hat, sich um ein reales Wachstum des deutschen Verteidigungsetats von 3 v. H. zu bemühen, nachdem die Ansätze für 1980 darunter liegen, und was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um auch die gegenüber der NATO eingegangenen Zusagen (3 v. H. reale Haushaltssteigerung) zu erfüllen?

56. Abgeordneter **Dr. Friedmann** (CDU/CSU)

Ist das Bundesverteidigungsministerium bereit, für den Bestand des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt in gleicher Weise eine Garantieerklärung abzugeben?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Jugend, Familie und Gesundheit

57. Abgeordneter **Hasinger** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung den Vorschlag der Leiterin ihres Arbeitsstabs Frauenpolitik, jeder Ehepartner solle einen Rechtsanspruch auf die Hälfte des Einkommens des anderen Ehegatten haben, und gedenkt die Bundesregierung, einen entsprechenden Gesetzentwurf vorzulegen?

58. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen Teil der beim Bau des Klinikums in Aachen entstandenen Überkapazitäten im Sinne der Beschlüsse des 82. Deutschen Ärztetags bei einem künftigen Konzept der ärztlichen Versorgung in Krisenzentren und bei Katastrophenfällen zu nutzen?

59. Abgeordneter **Dr. Stercken** (CDU/CSU)

Ist die Bundesregierung bereit, einen weiteren Teil der Überkapazität im Sinne der Forderungen des 9. Europäischen Rheuma-Kongresses für die Ausbildung von Fachärzten für Rheumatologie vorzusehen, um der mangelhaften Ausbildung und Betreuung auf diesem Gebiet entgegenzuwirken?

60. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Welche Schätzungen von Fachleuten hinsichtlich der Zahl der in den Jahren 1977 bis 1979 in der Bundesrepublik Deutschland erfolgten gesetzwidrigen Abtreibungen und hinsichtlich der Zahl der an in der Bundesrepublik Deutschland lebenden Frauen im Ausland vorgenommenen Abtreibungen sind der Bundesregierung bekannt, und welche Schlußfolgerungen zieht sie daraus?

61. Abgeordneter **Jäger (Wangen)** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung bei der Fortsetzung ihrer „Bemühungen im präventiven Bereich" durch Aufklärung der Bevölkerung auch illustrierte Darstellungen der teilweise überaus grausamen Zerstük-

kelung oder anderweitigen Tötung ungeborener Menschen bei der Vornahme der Schwangerschaftsabbrüche verwenden, um den Betroffenen die Tragweite möglicher Abtreibungen vor Augen zu führen?

62. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Warum hat die Bundesregierung aus der Erfahrung, daß sie ohne Statistik – z. B. über die Anzahl der genehmigten und abgelehnten Tierversuche, die Zahl und Art der Versuchstiere – die Bewährung des Tierschutzgesetzes in der Praxis nicht beurteilen kann, noch keine Konsequenzen gezogen, oder glaubt sie, auch in Zukunft auf eine solche Statistik verzichten zu können?

63. Abgeordneter **Stutzer** (CDU/CSU)

Hält die Bundesregierung eine zentrale Datenbank, die den Genehmigungsbehörden eine gewisse Hilfestellung bei der Prüfung eines Antrags auf Genehmigung eines Tierversuchs geben würde, für nützlich, oder wird sie im Hinblick auf die Problematik des § 8 Abs. 4 des Tierschutzgesetzes sich dafür einsetzen, daß die endgültige Genehmigungserteilung von einer Antragsüberprüfung bei einer unabhängigen und kompetenten Fachbehörde abhängig zu machen ist?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr und für das Post- und Fernmeldewesen

64. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Ist eine Tieflage der Bundesautobahn A 56 im Bereich zwischen Kleinbüllesheim und Euskirchen technisch möglich, und welche Chancen zur Verwirklichung bestehen hierfür?

65. Abgeordneter **Milz** (CDU/CSU)

Welche Grundsätze gelten für die Errichtung von Lärmschutzmaßnahmen an Landstraßen auf Grund des Bundes-Immissionsschutzgesetzes?

66. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Inwieweit ist die Bundesregierung in der Lage und bereit, der Anbindung der im Bau befindlichen Hüttenthal-Straße innerhalb der Stadt Siegen im westlichen Teil an die Bundesstraße 62 im Raum Niederschelderhütte zuzustimmen, damit den Berufspendlern, denen z. T. eine Wegezeit von je zwei Stunden (aus Orten des Kreises Altenkirchen) bisher zugemutet wird, eine kürzere Anfahrt und den Betrieben bessere Standortbedingungen geboten werden?

67. Abgeordneter **Immer (Altenkirchen)** (SPD)

Welche Priorität besitzt die in Aussicht gestellte Umgehungsstraße im Zuge der B 256 um den Kurort Rengsdorf/Kreis Neuwied, nachdem feststeht, daß die Verkehrsbelastung den Kurbetrieb erheblich beeinträchtigt, und wann ist mit dem Ausbau zu rechnen?

68. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Mit welcher Berechtigung wird heute noch die Ausübung des Güternah- und fernverkehrs von der Erteilung staatlicher Konzessionen abhängig gemacht?

69. Abgeordneter **Walther** (SPD)

Trifft es zu, daß das System der Konzessionserteilung die Neugründung von mittelständischen Unternehmen auf diesem Sektor erheblich erschwert oder gar unmöglich macht?

70.	Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Trifft es zu, daß die Zahl der Motorradunfälle, gemessen an den gefahrenen Personenkilometern prozentual erheblich höher liegt als bei Personenkraftwagen, und wenn ja, wie ist das Verhältnis und welche Erkenntnisse über die Ursachen liegen der Bundesregierung vor?
71.	Abgeordneter **Kirschner** (SPD)	Gibt es gesicherte Untersuchungen über Zusammenhänge von Häufigkeit und Schwere der Unfälle mit dem Alter der Motorradfahrer bzw. deren Fahrpraxis und der Stärke der Motorräder, und wenn ja, welche Erkenntnisse zieht die Bundesregierung gegebenenfalls daraus?
72.	Abgeordneter **Dr. Lenz (Bergstraße)** (CDU/CSU)	Kann nach dem Beschluß der Bundesregierung, auf die geplante Verlagerung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße zu verzichten, davon ausgegangen werden, daß der Personenverkehr auf den Strecken Nr. 558 (Worms – Bensheim/Biblis) und 559 (Weinheim – Mörlenbach – Wahlen/Fürth) erhalten bleibt?
73.	Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Welcher Art sind die Schäden, die nur kurze Zeit nach Inbetriebnahme der Bundesautobahn 4 Köln/Olpe im Abschnitt Reichshof/Eckenhagen – Wendener Kreuz entstanden sind?
74.	Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Wie hoch sind die Kosten für die Schadensbehebung?
75.	Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Wer haftet für die Schäden?
76.	Abgeordneter **Prinz zu Sayn-Wittgenstein-Hohenstein** (CDU/CSU)	Wie lange ist noch mit Behinderungen der Kraftfahrer auf der acht Kilometer langen Baustrecke zu rechnen, wenn weiterhin nur mit einer kleinen Baukolonne und wenigen Baumaschinen gearbeitet wird?
77.	Abgeordneter **Jung** (FDP)	Kann die Bundesregierung Angaben darüber machen, in wieviel Fällen im Berlin-Flugverkehr in den letzten Monaten Verspätungen eingetreten sind, weil infolge irgendwelcher Störungen das Fluggerät zum Abflugzeitpunkt nicht startklar war?
78.	Abgeordneter **Jung** (FDP)	Welche Schritte wird die Bundesregierung unternehmen, um einen gesunden Wettbewerb in bezug auf modernes Fluggerät, Service und Flugpreise auch im Berlin-Flugverkehr zu erreichen?
79.	Abgeordneter **Jung** (FDP)	Wird die Bundesregierung sich dafür einsetzen, daß auch anderen Fluggesellschaften die Möglichkeit des Berlin-Luftverkehrs eröffnet wird?
80.	Abgeordneter **Dr. Langguth** (CDU/CSU)	Wird der Bundesverkehrsminister persönlich bei dem für den Herbst dieses Jahrs geplanten Hearing zum Flughafen Stuttgart-Echterdingen zugegen sein, und wird der Bundesverkehrsminister weiterhin für den Stuttgarter Flughafen auf einem Fluggleitwinkel von 3 Grad bestehen, wie er dies in Antworten auf meine

parlamentarischen Anfragen vom 21. Januar 1977, vom 10. Februar 1977 und vom 9. September 1977 getan hat?

81. Abgeordneter **Ey** (CDU/CSU)

Wird die Bundesregierung zur Vermeidung weiterer zum Teil schwerer Autounfälle mit Todesfolge die erforderlichen straßenbaulichen und verkehrstechnischen Maßnahmen an der Bundesstraßenkreuzung im Bereich Leckermühle der Gemeinde Bohmte (B 51/B 65/B 218) beschleunigen?

82. Abgeordneter **Dr. Kunz (Weiden)** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob, wie eine dpa-Meldung vom 24. Juni 1979 berichtet, die schwedischen Eisenbahnen die Fahrpreise für Bahnfahrten außer freitags und samstags um 30 v. H. für die zweite und um 40 v. H. für die erste Wagenklasse ermäßigt haben, und welche Erfahrungen sich hierbei gegebenenfalls in Schweden ergeben haben, und welche Nutzanwendung beabsichtigt die Bundesregierung hieraus zu ziehen?

83. Abgeordneter **Spranger** (CDU/CSU)

Was hat die Bundesregierung zwischenzeitlich getan, um die für die Stadt Ansbach im Mai 1979 getroffene erfreuliche Entscheidung der Finanzierung der äußeren Westtangente als Bundesstraße weiter voranzubringen, und wann ist unter welchen Voraussetzungen damit zu rechnen, daß der Bau der äußeren Westtangente zusätzlich in die Dringlichkeitsstufe I aufgenommen wird?

84. Abgeordneter **Schreiber** (SPD)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die L 405 im Bereich der Viehbachtalstraße in Solingen zur Autobahn hochzustufen?

85. Abgeordneter **Seefeld** (SPD)

Hat die Bundesregierung Erkenntnisse darüber, daß der Nutzen des Verkehrsfunksystems in der Bundesrepublik Deutschland nahezu bei Null liegt, wie in der Ausgabe Nr. 36 der Zeitschrift „Der Spiegel" geschildert wird, und wenn ja, welche Veränderungen zur Verbesserung der bestehenden Situation ist sie in der Lage und bereit zu initiieren?

86. Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)

Ist geplant, mit der Tschechoslowakei ein Binnenschiffahrtsabkommen abzuschließen, und bejahendenfalls, welche Wasserstraßen sollen darin einbezogen werden?

87. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Ist der Bundesregierung bekannt, daß das derzeitige Abhörverbot für bestimmte Frequenzbereiche und Funkdienste sowie das Aussperren von Bändern in serienmäßigen Empfangsgeräten nach dem heutigen Stand der Technik nicht mehr kontrollierbar ist und daß daher der Schutz von Informationen nicht mehr gewährleistet ist und sieht die Bundesregierung gegebenenfalls nicht in der Codierung mit elektronischen Mitteln einen viel besseren Weg zum Schutz von Informationen, als im derzeit bestehenden Verbot, bestimmte Frequenzen abzuhören?

88. Abgeordneter **Stommel** (CDU/CSU)

Mit welcher Begründung hat die Bundesregierung in diesem Bereich eine Einschränkung derart vorgenommen, daß der Empfang des 10m-Amateurfunkbands und der CB-Kanäle mit Allbereichsempfängern untersagt wird angesichts der Tatsache, daß der Amateurfunk in offener Sprache abzuwickeln ist und keine geheimen Informationen kennt (siehe Neufassung der Allgemeinen Genehmigung für Ton- und Fernseh-Rundfunkempfänger, Amtsblatt 68/1979)?

89.	Abgeordneter **Scheffer** (SPD)	Wird die Bundesregierung entsprechend der Empfehlung 864 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats sicherstellen, daß die Deutsche Bundespost auch weiterhin geeignete Radiofrequenzen zur grenzüberschreitenden Übertragung seismischer Daten im Oberrheingraben zuteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

90.	Abgeordneter **Dr. Wittmann (München)** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung bereit, sich wieder – wie zur Zeit Bundeskanzlers Adenauer – mit einer Beteiligungsquote von 50 v. H. am Wohnungsbau für Aussiedler zu beteiligen?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Forschung und Technologie

91.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Wie ist der augenblickliche Planungsstand bei den fortgeschrittenen Reaktorlinien Schneller Brüter und Hochtemperaturreaktor?
92.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welchen Baustand weisen die beiden Prototypen SNR 300 und THTR 300 zur Zeit auf?
93.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Welche Kostenüberschreitungen bzw. Zeitverzögerungen sind bei SNR 300 und THTR 300 zu verzeichnen?
94.	Abgeordneter **Lenzer** (CDU/CSU)	Zu welcher Industriestruktur bzw. Kooperation auf der Herstellerseite der beiden Reaktorlinien haben die Verhandlungen der Bundesregierung mit den betroffenen Partnern aus der Wirtschaft bisher geführt?
95.	Abgeordneter **Scheffler** (SPD)	Befürwortet die Bundesregierung den Plan eines Europäischen Forschungsprogramms für Erdbebenvorhersage wie es im Anhang der Empfehlung 864 der Parlamentarischen Versammlung des Europarats enthalten ist, u. a. im Hinblick auf die besonderen Risiken von Kernkraftwerken in erdbebengefährdeten Gebieten wie z. B. dem Oberrheingraben?
96.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Welche Ergebnisse haben bisher die Bemühungen der Bundesregierung erbracht, genauere Kenntnisse über Energiebedarf und -verwendung zu erhalten, und welche Änderungen in Statistiken erscheinen gegebenenfalls notwendig, um eine ausreichende Grundlage für energiepolitische Entscheidungen zu erhalten?
97.	Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)	Treffen Behauptungen zu (z. B. in den vom BMFT herausgegebenen „Argumenten in der Energiediskussion 6", S. 339), daß erhebliche Unterschiede in den Gutachten zur Gewässerbelastung durch die Landwirtschaft bestehen, je nachdem, ob sie von landwirtschaftlichen Anstalten oder von wasserwirtschaftlichen Behörden durchgeführt werden, und welche Maßnahmen will die Bundesregierung ergreifen, um hier klare Entscheidungsgrundlagen zu schaffen?

98. Abgeordneter **Dr. Steger** **(SPD)**

Fördert die Bundesregierung Modellprojekte des ökologischen Landbaus oder Gutachten, die vergleichend die externen Folgewirkungen unterschiedlicher Landbaumethoden untersuchen, und zu welchen Ergebnissen sind diese gegebenenfalls gekommen?

99. Abgeordneter **Dr. Steger** (SPD)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, ABM- oder andere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen auch bei öffentlich geförderten Modellprojekten z. B. zur rationellen Energieverwendung und dem Umweltschutz einzusetzen, um so die Kosten für diese Maßnahmen zu senken?

Geschäftsbereich des Bundesministers für Bildung und Wissenschaft

100. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Auswirkungen der Multiple-choice-Verfahren bei Medizinern und Pharmazeuten auf das Lernverhalten der Studenten, die Studienreform sowie auf Lehre und Forschung an den Hochschulen?

101. Abgeordnete **Frau Schuchardt** (FDP)

Ist die Bundesregierung bereit, im Hinblick auf die zunehmende Kritik aus Hochschulen und Berufsorganisationen (z. B. Entschließung des 82. Deutschen Ärztetages vom 15. bis 19. Mai 1979; Ergebnisbericht einer Rundfrage zum MV-Verfahren, Deutsche Apothekerzeitung vom 31. Mai 1979 und 7. Juni 1979), das zentralisierte Multiple-choice-Verfahren einer kritischen Prüfung zu unterziehen und es erheblich einzuschränken?

102. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Welche Folgerungen kann die Bundesregierung aus Meldungen ziehen, nach denen an der amerikanischen Harvard Universität, die bisher in der Regel das deutsche Abitur mit den ersten zwei Jahren im College verrechnet hat, die Bereitschaft schwindet, auch in Zukunft so zu verfahren, weil in Amerika infolge der deutschen Oberstufenreform Zweifel aufgetaucht sind, ob das Abitur noch soviel wert ist?

103. Abgeordneter **Rühe** (CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die jetzt in Hamburg geplante Beendigung der Gesamtschulversuche und Einführung aller Gesamtschulen als Regelschulen vor dem Hintergrund der in ihrem Bericht über die strukturellen Probleme des föderativen Bildungssystems betonten Notwendigkeit von mehr Einheitlichkeit im Bildungswesen der Bundesrepublik Deutschland?

Geschäftsbereich des Bundesministers für wirtschaftliche Zusammenarbeit

104. Abgeordneter **Biehle** (CDU/CSU)

Ist – wie die Presse meldete – dic Verzögerung im Abtransport von 15 Tonnen hochwertiger Medikamente, die für Uganda bestimmt sind und bei der Hilfsorganisation ASME Humanitas in Iphofen (Landkreis Kitzingen) lagern, auf sehr geringe Kooperationsbereitschaft des Auswärtigen Amts und des Bundesverteidigungsministeriums zurückzufüh-

ren, und – falls das zutrifft – hat die Bundesregierung inzwischen Maßnahmen ergriffen, um den schnellstmöglichen Transport dieser Hilfsgüter nunmehr zu gewährleisten und damit humanitäre Hilfe über politische Bedenken zu stellen?

105. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Erhalten die aus Angola nach Namibia geflohenen rund 50 bis 60 000 Menschen Unterstützung aus dem Hilfsprogramm der Bundesregierung für das südliche Afrika?
106. Abgeordneter **Dr. Hammans** (CDU/CSU)	Ist die Bundesregierung um Hilfe für die aus Angola nach Namibia geflohenen Menschen angegangen worden?

Bonn, den 21. September 1979